

GASTSPIEL: Petra Honekamp über das Recht der Eltern, frei zu entscheiden

Als Eltern haben wir schnell gelernt, dass unsere Entscheidungen nicht nur uns betreffen, sondern stets Auswirkungen auf unsere Kinder haben. Wo sollen sie zur Welt kommen? Wo und wie wollen wir als Familie wohnen? Wer geht arbeiten? Wer kümmert sich um die Kinder? Es gibt unzählige Entscheidungen, die getroffen werden müssen. Aber wie findet man zu den richtigen Entscheidungen? Was ist das Beste für die Kinder? Woran orientieren wir uns? Haben wir wirklich Entscheidungsfreiheit?

Vor allem bei der Entscheidung zur Fremdbetreuung unserer Kinder hat unsere Familie wichtige Erfahrungen gesammelt. Für uns war klar, dass unsere Kinder in einen Kindergarten gehen werden. Als wir unseren Sohn mit drei Jahren für drei Stunden pro Tag anmelden wollten, reagierte man in der ausgewählten Einrichtung skeptisch. Man empfahl uns eindringlich, in Erwägung zu ziehen, den Jungen schon ein Jahr früher anzumelden, da ansonsten möglicherweise kein Platz für ihn reserviert werden könne. Man untermauerte das mit vielen guten Gründen. Doch wir blieben bei unserer Entscheidung und bekamen dann auch einen Platz.

Leider war unser Sohn vom ersten Kindergartentag an dort nicht glücklich. Ich musste ihn fast jeden Morgen überreden, dort hinzugehen. Auch wenn ich ihn fröhlich wieder abholte, wirkte er nie begeistert. Als dann in der Einrichtung eine große Umbaumaßnahme begonnen wurde, wollte er gar nicht mehr hingehen. Er wurde unzufriedener und immer wieder bat er uns, nicht mehr dorthin zu müssen. Erst nach neun Monaten hin und her konnten wir uns durchringen, auf Sohn und unser Bauchgefühl zu hören und ihn wieder abzumelden. Es war die beste Entscheidung für unseren Sohn, und wir hatten danach eine tolle kindergartenfreie Zeit zusammen mit seiner kleinen Schwester.

Eineinhalb Jahre später versuchten wir es nochmal in einem anderen Kindergarten. Dieses Mal zusammen mit seiner Schwester, die mittlerweile auch dreieinhalb Jahre alt war. Alles lief zunächst gut, bis unser Sohn in die Schule kam. Doch ab dem ersten Schultag des Jungen wollte auch seine kleine Schwester nicht mehr gehen.

Und wieder die gleichen Fragen, die gleichen Gespräche. Am Ende haben wir auch unsere Tochter für das letzte Jahr vom Kindergarten abgemeldet und sind nun gespannt auf das kommende Jahr.

Warum war es für uns so schwer, diese Entscheidungen zu treffen? Fremdbetreuung hat einen guten Ruf. Medien und Gesellschaft sind sich sicher, dass Kinder in einem Kindergarten bestens aufgehoben sind. Dort können sie spielen und lernen, haben Kontakte zu Gleichaltrigen, erfahren Abwechslung vom Familienalltag und werden von guten Pädagogen betreut. Wir lernten in beiden Einrichtungen gute Pädagogen kennen, engagierte und liebevolle Erzieherinnen, die sich mit Hingabe um die Kinder kümmerten und versuchten, die besten Rahmenbedingungen für ihre Schützlinge zu schaffen. Aber bei 25 Kindern im Alter von 2 bis 6 Jahren mit zwei Betreuern sind die Möglichkeiten begrenzt. Nicht jedes Kind kommt gut zurecht.

Wir konnten unsere Entscheidung, die Kinder wieder abzumelden, frei treffen, denn ich bin momentan Vollzeitmama und damit flexibel. Das gilt aber nicht für alle Familien. Viele sind auf die Betreuung angewiesen, weil Beide arbeiten. Ich wünsche mit, dass Familien z.B. durch Steuererleichterungen mehr Freiheit bekommen, sich in den ersten Jahren auch für die Selbstbetreuung zu Haus entscheiden zu können. Momentan wird sogar darüber diskutiert, eine Kindergartenpflicht einzuführen, damit würde sich auch diese Entscheidungsfreiheit erledigen. Wieder ein Stück Freiheit und Selbstbestimmung weniger.

Ich bin sicher, dass die meisten Eltern gute Entscheidungen für ihre Kinder treffen können. Natürlich sind solche Entscheidungen durch das jeweilige Umfeld, die Erfahrungen und durch Rahmenbedingungen geprägt. Aber wir sollten das System kritisch beleuchten und für unsere Freiheiten einstehen. Vielleicht erleben wir Widerstände, und oft müssen wir uns mit den Rahmenbedingungen und Gesetzen arrangieren, die unsere Entscheidungen bestimmen.

Und eins ist ganz klar: Wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, dann sollte es sich für uns und unsere Kinder einfach gut anfühlen. Und dann war es ganz sicher die richtige Entscheidung.

Suaviter in modo, fortiter in re: Ein guter Tag für Seehofer und die CSU

Haben Sie heute irgendeine inhaltliche Aussage der CSU aus den vergangenen Tagen gehört, die zurückgenommen wurde? Irgendeine? Will Horst Seehofer jetzt auf die Abweisung bereits in EU-Staaten registrierter Flüchtlinge verzichten? Ist Ministerpräsident Markus Söder eingeknickt, der heute Morgen noch einmal unmissverständlich erklärt hat, oberstes Ziel seiner aktuellen Politik sei es, die illegale Einwanderung nach Deutschland zu stoppen? Gab es inhaltlich irgendein auch nur geringstes Abrücken vom 63. Punkt in Seehofers Asyl-Masterplan? (die anderen 62 sind ja bereits Konsens zwischen CDU und CSU.)

Nein, der einzige Punkt, den die AfD-Wahlkämpfer gegen die CSU vorbringen (Drehhofer“), ist, dass die CSU der Bundeskanzlerin eine Frist von 14 Tagen eingeräumt hat, eine europäische Lösung in der Frage des konsequenten Schutzes der deutschen Grenzen zu finden. Wenn in einer Bundesregierung die Kanzlerin einen der Koalitionspartner um zwei Wochen Aufschub für die Lösung eines komplizierten Problems bittet, kann dieser das wirklich verwehren? Will die CSU bei einem Scheitern von Merkels Bemühungen und nach dem möglichen Zusammenbruch von Regierung und dem historischem Ende der Gemeinschaft der Unionsparteien in Deutschland die Schuldige sein, die den Crash verursacht hat, weil man der Regierungschefin und Parteivorsitzenden nicht lumpige zwei Wochen Zeitaufschub gewähren wollte?

In Wirklichkeit war das heute ein guter Tag für Seehofer und die CSU, die inhaltlich steht wie eine Eins. Die die große Mehrheit der Bevölkerung für ihren Asylplan hinter sich weiß und viele Abgeordnete der CDU im Bundestag auch. Es geht in diesen Tagen um nichts anderes, als dass Deutschland die Kontrolle über seine Grenzen wieder fest in die eigenen Hände nimmt, illegale Massenzuwanderung verhindert und deutsches und europäisches Recht durchsetzt. Erst dann geht es um die Landtagswahl in Bayern.

Und Frau Merkel? Für die geht es ums politische Überleben. Und das weiß sie. Ich sehe nicht den geringsten Lösungsansatz, der ihr die gewünschten Ergebnisse innerhalb von 14 Tagen bringt. Nicht in diesem Europa, nicht mit Slowakei, Österreich, Italien und anderen. Nicht nach drei Jahren ohne Fortschritte in der EU.

Wird Angela Merkel Ende dieses Jahres noch Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sein? Ich wette 100 Euro dagegen.

Lassen wir uns wegen Mesut und „Die Mannschaft“ unseren Spaß verderben?

Ganz ehrlich? Mesut Özil nervt mich seit Jahren, wenn er im Trikot der deutschen Fußball-Nationalmannschaft demonstrativ das Singen unserer Hymne verweigert. Das Singen eben der Hymne des Landes, in dem er – clever – eine Mordskohle verdient hat und verdient. Und dass ein „deutscher Staatsbürger türkischer Abstammung“ (wikipedia) sein Einkommen maximiert, ist ja auch legitim. Es muss einem nicht gefallen, aber Fußballprofis sind eben nicht die Helden und Vorbilder, für die wir sie gerne halten möchten. Sie sind Södner mit klasse Frisuren und Tätowierungen. So einfach ist das. Fußballfans wissen längst, dass die Seele ihrer Clubs nicht die Spieler, Berater und Manager sind, sondern die Fans. Denn die sind auch noch da, wenn die Dritte Liga droht. Und die bleiben nach Abpfiff und Abstieg am letzten Spieltag noch lange auf den Stufen der Fankurve sitzen und trösten ihre weinenden Kinder.

Persönlich bin ich der Meinung, dass Özil und Teamkollege İlkay Gündoğan nach dem peinlichem PR-Termin mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in der deutschen Nationalmannschaft nichts mehr zu suchen haben – obwohl sie natürlich phantastische Fußballspieler sind und bei der WM in Russland erwartbar ihren Job gut machen und unserer Mannschaft weiterhelfen werden. „Die Mannschaft“ heißt das ja jetzt. Für mich ist das unsere Nationalelf – trotz den genannten Spielern, deren Identifikationsfähigkeit mit Deutschland Verbesserungspotential hat.

Und wissen Sie, warum ich mich auf den Anpfiff nachher freue? Zum Beispiel, weil ich heute auf der Fahrt zur Kirche an vielen Häusern vorbeifuhr, aus deren Fenstern schwarz-rot-goldene Fahnen hingen. Und unterwegs begegneten mir dauernd Autos, an denen schwarz-rot-goldene Flaggen flatterten. Ein

wunderbarere Anblick. Und so ein patriotischer Kontrast zu unserer Regierenden in Berlin, die erst Griechenland fragen will, ob wir die Grenzen unseres Landes schützen dürfen.

Und weil die vielen deutschen Fahnen aus chinesischer Produktion, Ausdruck eines fröhlichen unverkrampften Patriotismus, mein Herz wärmten, werde ich als „Rechtspopulist“ von den Linkspopulisten geschmäht. Und dabei würde ich wirklich gern im Haus neben Jérôme Boateng wohnen, zusammen mit ihm im Garten neben dem Grill und vor dem Bildschirm sitzen und ein Bier trinken. Aber erst in vier Jahren. Denn heute wird er UNSERE Abwehr organisieren und vorher singen....

Mein Thema ist Gerechtigkeit

Am frühen Samstagmorgen gegen 6.40 Uhr ist eine 25-Jährige im Freiburger Colombipark vergewaltigt worden. Wenige Stunden später konnte die Polizei den Täter festnehmen und in die Untersuchungshaft bringen. Es handelt sich, Sie ahnen es, um einen 23-jährigen syrischen Flüchtling.

Kritiker werfen mir vor, dass ich als Journalist solche Fälle zum öffentlichen Thema mache und zu wenig über Vergewaltigungen und andere Gewaltverbrechen durch deutsche „Mitbürger“ berichte. Das ist zunächst einmal objektiv falsch. Gewalttaten sind für mich als „*Law-and-Order*“-Verfechter seit vielen Jahren ein ständiges Thema. Nichts verachte ich mehr als Kriminelle, die anderen Menschen Gewalt antun, die Frauen und insbesondere Kinder verletzen, missbrauchen oder sogar töten. So wie ein anderer Fall aus der Schwarzwald-Region, der derzeit für Aufsehen sorgt.

Eine 47-jährige Frau - ich werde den Begriff „Mutter“ in diesem Zusammenhang nicht verwenden - hat über zwei Jahre lang gemeinsam mit ihrem 37-jährigen Lebensgefährten ihren neunjährigen Sohn im sogenannten „Darknet“ für Pädophile zum Sex gegen Geld angeboten. Und das Paar hatte sich auch selbst sexuell an dem weinenden Jungen vergangen, den Zeugen später gehört haben wollen, wie er in der Wohnung schrie „Ich will das nicht“. Weitere Einzelheiten erspare ich Ihnen. Damit sie mich nicht missverstehen - und manche Gutmenschen wollen das ganz bewusst - nochmal klargestellt. Es ist mir erstmal vollkommen egal, ob die Täter Deutsche, Syrer oder Senegalesen sind: Sie müssen gesucht, gefunden, festgenommen und vor Gericht gestellt werden. Und wenn ihre Schuld erwiesen wurde, müssen Sie hart bestraft werden, viel härter als es in der Regel in unserem Wohlstandsland der Fall ist, wo man ins Gefängnis kommen kann, wenn man in Berlin mehrfach beim Schwarzfahren in der U-Bahn erwischt wird. Und wo ein Mörder mit Flüchtlingsstatus samt Familie ungehindert in den Irak ausreisen kann, der zuvor ein Mädchen geschändet und erdrosselt hat.

Mein Thema sind nicht Migranten - mein Thema ist Gerechtigkeit!

Und genau deswegen sage ich aber auch: Über Deutschland schwappt eine Welle an Gewalttätigkeiten,

Messerstechereien, Massenschlägereien, sexuelle Nötigungen und Vergewaltigungen. An jedem gottverdammten Tag passiert so etwas, viele Täter sind Einheimische, deutsche Staatsbürger, manche nennen sie „Bio-Deutsche“. Und viele, ich sage zu viele, dieser Täter sind sogenannte „junge Männer“ aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Nordafrika. Es sind nicht „die Flüchtlinge“ oder „die Ausländer“, aber es sind viele von ihnen. Menschen, die wir aufgenommen haben, denen wir Hilfe anbieten, ihnen ein Dach über dem Kopf stellen, Mahlzeiten, Geld und sogar Smartphones. Und die es uns danken, indem sie hier Verbrechen begehen, teilweise schlimmste Verbrechen, die das Leben von Menschen auslöschen wie Maria aus Freiburg und jetzt Susanna aus Wiesbaden.

Sie glauben nicht, wie viele gefühlkalte Gutmenschen es angesichts dieser schlimmen Taten gibt, wie diese CDU-Jungpolitikerin aus Nordrhein-Westfalen, die öffentlich schreibt, Sabrina hätte ja auch durch einen Autounfall sterben können. Wie viel Menschenverachtung spricht aus so einem Satz? Sie soll im Landesvorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft sitzen – ich will das gar nicht überprüfen, ich will mich mit solchen verwirrten Menschen keinen Augenblick beschäftigen.

Ja, es gab schon immer auch schwerste Straftaten in unserem Land. Und es gibt unzählig viele deutschstämmige Gewalttäter. Aber all das rechtfertigt nicht, dass wir so viele Menschen in unser Land gelassen haben, die nach rechtmäßigem Asylverfahren bescheinigt bekommen haben, dass sie kein Recht haben, in Deutschland zu sein. Und bei denen man aus reinem Gutmenschentum darauf verzichtet, sie zurück in ihre Heimatländer oder wohin auch immer abzuschicken. Und die dann hier Menschen vergewaltigen, verletzen und töten. Nichts rechtfertigt das. Und es muss beendet werden...

Nur Susannas Familie und Freunde werden niemals aufhören zu weinen

Ich kann kaum beschreiben, wie wütend ich bin. Wirklich, ernsthaft, emotional. Es ist wieder passiert, so wie zuvor schon mehrmals. In Deutschland. Unserem Deutschland. Und es wird wieder passieren.

Täter ist der 20-jährige Iraker Ali Baschar, den unser Land aufgenommen hat, als der Krieg in seiner Heimat tobte und wir ihm Schutz gewährt haben. Der ihm und seiner sechsköpfigen Familie ein Dach über dem Kopf zur Verfügung gestellt hat, ärztliche Versorgung, Geld, die Grundversorgung für den Start in ein neues Leben, eine Zukunft in Freiheit. Seine Familie, die sich am 2. Juni über die Türkei in die Heimat absetzte, bevor der Mörder festgenommen werden konnte.

Dieser Mann, der schon häufiger verdächtigt wurde, Körperverletzungen und Vergewaltigungen begangen zu haben, ohne verurteilt werden zu können. Ein Mann, dessen Asylantrag schon 2016 abgelehnt wurde, der aber ein vorläufiges Aufenthaltsrecht in Deutschland hatte. Und der gemeinsam mit einem anderen jungen Mann ein junges Mädchen missbraucht und getötet hat.

Wird unsere Bundeskanzlerin und ihre Klatschkolonnen zur Verantwortung gezogen? Dafür, dass die möglich gemacht haben, dass neben den vielen wirklich Schutzsuchenden und anständigen Flüchtlingen auch Leute wie Ali Baschar in großer Zahl in unser Land kommen konnten. Bei vielen wissen die Behörden bis heute nicht, woher sie wirklich kommen, wie sie wirklich heißen und wie alt sie sind. Die Regierung von Frau Merkel stand im Herbst 2015 unter großem Druck, als all die Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan und Nordafrika unterwegs zum ersehnten Ziel Europa waren. 20.000 Flüchtlinge, die in Ungarn festsaßen - wir haben sie aufgenommen als humanitäre Sofortmaßnahme - und es war richtig damals! Alles andere, was dann kam, hätte so nicht passieren dürfen. Die Regierung von Angela Merkel hat versagt. Sie hat geltendes Recht gebrochen, sie hat zugelassen, dass unser großzügiges Asylrecht pervertiert und ausgenutzt wurde. Wenn Sie mehr erfahren möchten, geben Sie bei *google* einfach den Begriff „BAMF“ ein“

Susanna Maria Feldmann ist tot. Ein lebenslustiges, bildhübsches Mädchen, das ihr ganzes Leben noch vor sich hatte. Ihre Familie und ihre Freunde werden niemals aufhören zu weinen...

Aussitzen ist keine Option mehr: Ein Untersuchungsausschuss muss her!

Kein Tag vergeht, ohne dass neue unfassbare Details über das Versagen des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* in der Bremer Außenstelle aber auch insgesamt und damit der Bundesregierung bekannt werden.

Aktuell wurde am Wochenende bekannt, dass der Verfassungsschutz herausgefunden hat, dass seit dem Jahr 2000 mehr als 80 Extremisten über die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) einen Schutzstatus erhalten haben. Unter 18.000 Flüchtlingen, die in Bremen einen Schutzstatus erhielten, wurden 46 Personen festgestellt, bei denen es sich um islamistische terroristische Gefährder handelt, also Leute, bei denen konkret Gefahr besteht, dass sie in unserem Land Anschläge begehen wollen und könnten. Weitere 40 erhielten einen Schutzstatus, obwohl die ausländische Extremisten für andere Ziele sind. 115 gewährte man Schutz, obwohl sie als Agenten der Geheimdienste anderer Staaten identifiziert wurden. Allein für all das müsste eine Bundesregierung zurücktreten.

Natürlich passiert das nicht. Stattdessen keilt der früheren Kanzleramtschefs und Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung Peter Altmaier (CDU) - jetzt Bundeswirtschaftsminister - gegen den ehemaligen Innenminister Thomas de Maizière. Auch das zeigt, wie notwenig ein Untersuchungsausschuss des Bundestages zu den Ereignissen vom Herbst 2015 und danach ist. Wo hat die Regierung, wo haben die nachgeordneten Behören beim Thema Flüchtlinge versagt? War die Korruption in der Bremer Außenstelle nur ein bedauerlichger Einzelfall? Und welche Fehler hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) persönlich zu verantworten?

Die *Bild am Sonntag* berichtet heute, dass Merkel bereits Anfang 2017 vom Chef des BAMF, Frank-Jürgen Weise, in zwei direkten Gesprächen über die gravierenden Missstände in seiner Behörde informiert wurde. Wir haben jetzt Juni 2018 – was ist inzwischen geschehen, um aufzuklären und umzusteuern? Was macht Frau Merkel eigentlich beruflich?

Aussitzen ist jetzt nicht mehr! Es ist ein Skandal, dass bisher nur FDP und AfD einen Untersuchungsausschuss beantragt haben – fünf Stimmen zu wenig im Hohen Haus. Wenn das Parlament aus parteitaktischen Überlegungen die Aufklärung der unfassbaren Zustände 2015/2016 – ich nenne das Staatsversagen – abbügelt, wird das den letzten Rest an Vertrauen der Bevölkerung in unser demokratisches System zerstören.

Ausgerechnet die frühere SED, die heute Linke heißt, deutet nun an, einem Untersuchungsausschuss doch zuzustimmen, nachdem die Linksaußen der Linksaußen-Partei Ulla Jelpke, eine gelernte Friseurin, noch vergangene Woche gegen den Untersuchungsausschuss gewettert hatte, weil dieser „nur den rechten Hetzern in die Hände“ arbeite.

Dass die GroKo-Parteien offenbar weiter aussitzen wollen, die Grünen schon längst keine Oppositionspartei mehr und Leute wie Jelpke die letzte Hoffnung auf lückenlose Aufklärung sind, ist erschütternd.

Vom letzten Tabu: Bunte Vielfalt gilt auch für katholische Priester

Am Fronleichnam war richtig was los auf meinem Facebook-Profil. Glauben Sie es oder nicht: es ging mal wieder heftig um den Zölibat. Lassen wir heute mal außen vor, ob das eine sinnvolle Sache für katholische Priester oder buddhistische Mönche ist (wie ich finde) oder ganz böse leibfeindlich. Dazu sind alle Argumente ausgetauscht.

Mein Thema heute ist: Warum fühlen sich so viele Menschen berufen, anderen vorschreiben zu wollen, wie sie zu leben haben sollten müssen... Ich meine, ich würde niemals auf die Idee kommen, einem evangelischen oder auch atheistischen Bekannten vorschreiben zu wollen, dass er oder sie zukünftig enthaltsam leben müssen. Was treibt diese Leute an? Was geht es sie an? Ich meine, Ehen und Partnerschaften gehen auch schief. Da gibt es viel Leid, Schmerz und Tränen. Wollen wir das den nicht zölibatär Lebenden nicht lieber ersparen?

Nehmen wir zum Beispiel mal einen sogenannten „Aussteiger“, also einen, der sich von der Zivilisation bewusst und freiwillig verabschiedet. Und das auf Dauer. Der irgendwo in die Dritte Welt zieht, mit den Menschen dort lebt ohne Klimaanlage, fließendes Wasser und Netflix. Wollen wir den auch

zwangsbeglücken? Ich glaube, niemand würde das tun. Warum auch?

Oder nehmen wir das „Swinger-Pärchen“, wie das heute heißt. Sie entscheiden sich freiwillig dafür, sich regelmäßig oder unregelmäßig mit anderen, auch fremden, Leuten zu treffen, um zusammen Sex zu haben. Nicht mein Ding, aber würden Sie Bekannte ansprechen, die das tun, und ihnen sagen: Hey, lasst das doch mal schön sein, das gehört sich nicht! Aber wenn Sie das sagen würden, wären ihre Gesprächspartner empört: „Tickst Du noch richtig? Das ist MEIN Leben, ich mache damit, was ICH will!“

Und damit kommen wir zum letzten Tabu in unserer ach so bunten und vielfältigen Gesellschaft. Warum können wir nicht akzeptieren, dass sich Männer (und in Orden auch Frauen) frei dafür entscheiden, ein zölibatäres Leben anzustreben, also auf Partner, Familienglück und Sex zu verzichten, um – nach ihrer Überzeugung – einem höheren Zweck zu dienen? In diesem Fall sieben Tage die Woche 24 Stunden für andere Menschen, ihre Sorgen und Probleme, da zu sein. Was ist daran verwerflich? Was geht es die Leute an, die nicht so leben wollen?

Nur noch mal zur Erinnerung: Man MUSS gar nicht katholischer Priester werden. Und wenn man Pfarrer werden will, dann kann man das auch in der evangelischen Kirche. Warum fühlen sich so Viele berufen, katholische Priester zu ihrem vermeintlichen Glück zu drängen? Bei einer Diskussion vor einigen Jahren in der Kölner Universität sagte mal ein Priester, der dem katholisch-konservativen *Opus Dei* angehört: „Bald will keiner in unserer Gesellschaft mehr heiraten. Aber katholische Priester, die sollen jetzt müssen....“

GASTSPIEL MARTIN D. WIND: Von einer publizistischen Vendetta gegen Kardinal Woelki

Der Kardinal hat Fehler gemacht. Der Kölner Erzbischof Rainer Kardinal Woelki hat bei kirchenrechtlichen Fragen und bei Personalentscheidungen nicht nach dem Gusto von Joachim Frank entschieden. Sie kennen Joachim Frank nicht? Dann ist das eine Bildungslücke – unerheblich zwar, aber dennoch. Frank, „Chefkorrespondent des Kölner Stadtanzeigers“, ist, neben Drobinski von der Süddeutschen oder auch Deckers von der Frankfurter Allgemeinen, einer des Dreigestirns der „kritischen Beobachtung“ der Entwicklung innerhalb der Kirche in Deutschland. Das heißt, diese Drei sind für die mediale Begleitung und die Berichterstattung über Gemeinden, Laiengremien, Priester, Bischöfe und der Bischofskonferenz insgesamt verantwortlich. Sie sind Journalisten.

Ehrlich gesagt, wenn Ihnen in jüngster Zeit Herr Frank nicht vor die Füße gefallen ist, haben Sie als Katholik wahrscheinlich ruhiger gelebt, als jemand, der sich dessen Texte im Kölner Stadtanzeiger angetan hat. Frank hat sich verbissen, denn Woelki tanzt einfach nicht nach seiner Pfeife. Und das geht natürlich gar nicht, schon gar nicht, wenn der Flötenspieler nebenher auch noch „Vorsitzender der

Gesellschaft katholischer Publizisten“ (GKP) ist. Da weiß man per se, was für die Kirche eigentlich besser wäre.

Wie kommt man zu diesem Verdikt „wenig journalistisch“? Im Journalismus geht es in erster Linie darum, möglichst neutral – andere würden sagen „objektiv“ – „Bericht zu erstatten“. Das ist der Urgrund dessen, was den größten Teil medialer „Berichterstattung“ ausmacht. Die eigene Meinung hat da weitestgehend außen vor zu bleiben. Man zeigt viele Aspekte einer geschilderten Lage auf und lässt möglichst alle Seiten zu Wort kommen. Die eigene Meinung kann man in Kommentaren verbraten. Da ist dann Platz für eine Einordnung des geschilderten Geschehens. Solche Texte werden in der Regel auch mit der Marke „Kommentar“ versehen.

Wer lange genug „im Geschäft“ ist, der weiß, dass manche Journalisten Ihr Handwerk gut beherrschen und sich viel Mühe geben, den Ansprüchen gerecht zu werden. Es gibt aber eben auch Texter, die keinerlei Skrupel haben, handwerkliche Grundsätze schamlos über den Haufen zu schmeißen (dieser Satz ist ein eindeutiges Signal: Hier wird ein Kommentar geschrieben!). Auch Frank scheint da keinerlei Bedenken zu haben. Schon in der Vergangenheit ist er dadurch aufgefallen, dass er Tendenzberichterstattung betreibt. Unter anderem ist es Teil guten Journalismus, dass man in einer Konfliktsituation beide Seiten eines Falles zu gleichen Teilen zu Wort kommen lässt. Dieser Aspekt des beruflichen Ethos guter Journalisten scheint beim Betrachten der Frankschen Ergüsse im Stadtanzeiger keinerlei Rolle mehr zu spielen. Reihum kommen – bis auf sehr wenige Alibistimmen – in der Regel Kritiker des Kardinals zu Wort.

Frank schämt sich nicht mal, in einem Artikel einen protestantischen Amtsträger ausführlich und massiv Angriffe gegen den Kölner Kardinal fahren zu lassen, um dann etwas später geheuchelte Schnappatmung ob der Übergriffigkeit dieses hausfremden Predigers zu simulieren. Dabei war das Verhältnis zum Meisner-Nachfolger nicht immer so getrübt. Einen ersten Schatten warf wohl Woelki klare Kante gegen den Verein „donum vitae“, der sich trotz kirchlicher Ablehnung deutscher Praxis an der Vergabe von staatlichen Abtreibungsscheinen beteiligt. Dieser Verein wurde von Katholiken gegründet, die sich damit massiv gegen den Willen des Papstes und des Lehramts stellen und sich durch Ihr Handeln nach Meinung vieler selbst exkommunizieren. Solange Woelki sich lediglich sozial-caritativ äußerte oder an einer kindischen Aktion für „Gutmenschen“ teilnahm – lehramtlich nicht spürbar und damit seiner eigentlichen Berufung demnach nicht nachkommend – , medienwirksam ein Schlepperboot vom Mittelmeer nach Köln karren ließ, solange bekam er von Frank nur Schulterklopfen und Wohlwollen.

Nachdem Woelki dann aber auch noch einen neuen Generalvikar ins Amt berief, der Herrn Frank kirchenpolitisch nicht behagt, ging es mit steigender Kadenz gegen den Kardinal. Es gibt kaum noch Tage, an denen der Chefkorrespondent nicht fleißig möglichst viele kritische Stimmen gegen Woelki zusammenträgt und mit einer wirklich durchaus gelungen-grenzwertig beurteilenden Sprache denen zum Fraß vorwirft, die „schon immer wussten, dass der Kardinal ein elender Traditionalist ist“. Dabei kann man sich als Katholik freuen, dass Woelki sich endlich wieder erkennbar katholisch zeigt. Nicht zufällig kommt dieses geschärfte Profil zutage, nachdem sich der Erzbischof von seinem ehemaligen „Kommunikationsdirektor“, Dr. Ansgar Mayer, getrennt hatte.

Doch jetzt hat der Kardinal es gewagt, ein Papier der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) zur Kommunionzulassung konfessionsfremder Eheleute im Vatikan in Frage zu stellen. Das scheint für Frank sowas wie der berühmte Funke ins Pulverfass gewesen zu sein. Seither arbeitet er sich in einem erstaunlichen Furor an Woelki ab, dass man beinahe Mitleid mit dem Texter bekommen kann. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht weitere vermeintliche Einzelheiten der Schandtaten und der Schwächen des Kardinals enthüllt werden – offenbar sogar durch tatkräftige Mithilfe illoyaler Verräter aus der DBK, so meldet das zumindest das internationale Nachrichtenportal kath.net, das sich einen von Frank veröffentlichten Brief von sieben Bischöfen an den Vatikan mal genauer angesehen hat. Nach Meinung von kath.net wurde demnach Frank direkt aus der Bonner Zentrale mit vertraulichen Informationen versorgt – was der Pressesprecher der DBK selbstverständlich in Abrede stellen musste.

Wie dem auch sei: Ein Journalist, der seine persönlich zusammengedengelte Feld-Wald-und-Wiesentheologie zum Maßstab kirchlichen Handelns macht, daraus verallgemeinernd eine Anspruchshaltung gegenüber einem Amtsträger der Kirche ableitet und diese flächendeckend unters Volk bringt, sollte sich fragen, ob er der richtige für das Amt des Vorsitzenden der GKP ist. Natürlich ist das durchaus vorteilhaft fürs networking, für das Hintertragenbekommen, aber ist dieses opportunistische Getue und Berichterstaten dann noch „katholisch“?

Eine private Vendetta hat in öffentlichen Medien nichts zu suchen. Und wenn Sie sich jetzt über die Härte dieses Kommentars wundern: Es ist der Versuch, sich dem Ton von Frank halbwegs anzupassen. Leider fehlt dem Autor die pastorale Sprachausbildung. Er ist eher für das unverlogene, offene und klare Wort.

Bloß niemandem weh tun - so werden wir keine Probleme lösen

Sind wir alle unterwegs auf einem Narrenschiff? Spontan möchte man das bejahen, denn jeder hat sofort eine Vorstellung im Kopf, denkt direkt an die politischen und gesellschaftlichen Narreteien unserer Tage. Doch wer das Buch von *Sebastian Brant* aus dem Jahr 1494 kennt, weiß, dass der Vergleich schief ist, geht es in dem Werk doch um Laster und Sünde, um menschliches Fehlverhalten an sich. Gut, da könnte man als Autor vielleicht schon eine geschickte Brücke zum heutigen Deutschland schlagen...

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) rief heute früh im Radio auf der Welle *1Live* dazu auf, den Hörern an Rhein und Ruhr mitzuteilen, ob sie beim Geschlechtsakt „die Socken anlassen oder nicht“. Zweifellos ein wichtiges Thema, für das wir alle gern unsere Zwangsgebühren entrichten.

Mehr als die wichtigen politischen Themen beschäftigt mich in dieser Zeit zunehmend das unglaublich Banale, das Doofe und Belanglose in Medien und Politik. Nachrichten – das heißt so, weil es ursprünglich

Meldungen waren, nach deren Inhalt Menschen sich richten konnten, etwas aus ihnen lernen oder wenigstens Erkenntnisgewinn genießen. Aber wir erleben heute in einer Zeit dramatischer Veränderungen und Herausforderungen eine weiter fortschreitende Banalisierung. Sei es die in der Regel selten blöde Comedy im Staatsfunk, sei es der Sex mit oder ohne Socken, sei es – siehe Tagebuch heute – die Sperrung von 580 Metern Straße mitten in Hamburg für Dieselfahrzeuge, um das Weltklima zu retten.

Viele Politiker – ich befürchte die meisten in Deutschland – und Medien wollen sich gar nicht mehr damit befassen, was ist. Wollen gar nicht mehr analysieren und dann notwendige Entscheidungen treffen. Sie wollen Runde Tische, keinem Menschen weh tun, Kompromisse um jeden Preis, den großen wabernden lauwarmen Einheitsbrei. Aber sie wollen keine klare Kante, egal, um was es geht.

Ob das so weitergeht? Ob wir den Problemen unserer Zeit so beikommen können? Ich glaube das nicht.

Lieber Herr Laschet, wie wär's mal mit einem Adventssingen für Muslime in der Staatskanzlei?

Das Trauerspiel, das Politiker der „Christlich“-Demokratischen Union in diesen Tagen vor den Augen der Bürger aufführen, ist kaum noch zu ertragen. Von der Bundesregierung der Pfarrerstochter Angela Merkel darf der gläubige Christ in Deutschland bekanntermaßen ohnehin nichts erwarten. Ein Pfingstgruß der Kanzlerin an die über 50 Millionen Mitglieder christlicher Kirchen im Land? Sie scherzen wohl.

Stattdessen salbungsvolle Worte der Bundesregierung zum friedvollen Ramadan für für inzwischen fast fünf Millionen Muslime hierzulande. Das kann man machen, aber die Millionen gläubigen Christen nicht ähnlich zu würdigen, ist eine Unverschämtheit.

Da darf natürlich auch Deutschlands einst erster Integrationsminister Armin Laschet nicht fehlen, inzwischen Ministerpräsident des größten Bundeslandes und getaufter Katholik. Er bat jetzt in seiner Staatskanzlei zum Fastenbrechen zu Tisch, sowohl Vertreter der muslimischen Verbände als auch der christlichen Kirchen, Politiker, Diplomaten und so weiter...eine Gesellschaft so bunt, wie das Land, das er sich wünscht. Zuvor hatte er in einem Interview öffentlich gefordert, den Islam in Deutschland staatlich anzuerkennen, ungeachtet der Frage, was das eigentlich ist „der Islam“ in Deutschland. Denn anders als christliche Kirchen gibt es „den Islam“ gar nicht, sondern vielfältige Ausprägungen, die sich teilweise bis aufs Messer – entschuldigen Sie mir den Kalauer – bekämpfen.

Dass die Bundesregierung durch CSU-Seehofer und Ministerpräsident CDU-Laschet den Millionen Muslimen im Land seine Referenz erweisen, ist dabei absolut in Ordnung. Die Leute sind hier, viele

gerade vor islamistischen Fanatikern in ihren Heimatländern geflohen und froh, bei und mit uns leben zu dürfen. Aber die Unfreundlichkeit und Ignoranz, mit denen ausgerechnet die Repräsentanten der C-Partei die christliche Mehrheit in Deutschland behandeln, ist zum Kotzen.

Ich bin gespannt, ob der katholische Ministerpräsident von NRW im Dezember auch Muslime zum Adventssingen in seine Staatskanzlei einlädt - sofern es sowas dort gibt